

SPD ServiceCenter - im Auftrag SPD-Region Mittelrhein

# **Newsletter der SPD- Landtagsabgeordneten für die Region Mittelrhein**

---

***05/2022 - 04.11.2022***

---



## Liebe Genossinnen und Genossen!

der Tod der 22-jährigen Kurdin Jina Mahsa Amin im Iran sorgt weltweit für anhaltende Proteste und das iranische Regime geht seit Mitte September brutal gegen Demonstrierende im eigenen Land vor. Umso mehr inspiriert der Mut der Frauen und Menschen in der ganzen Welt. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verurteilt die erbarmungslose Härte die vom iranischen Repressionsapparat gegen die eigenen Bürger:innen ausgeht und stellt sich solidarisch an die Seite iranischer Menschenrechtsverteidiger:innen. Aus diesem Grund haben alle demokratischen Fraktionen einen gemeinsamen Antrag am Mittwoch im Plenum eingebracht.

### [Gemeinsamer Antrag der demokratischen Fraktionen im Landtag von NRW](#)

Hinter uns liegt eine intensive Plenarwoche und es wurde wieder einmal deutlich: Unser Bundesland wartet vergeblich auf klare Lösungsvorschläge und Bekenntnisse seitens der Landesregierung für die drängenden Probleme unserer Zeit.

Dafür können sich die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler sehen lassen. Der Bund hat drei umfangreiche Entlastungspakete und einen wirtschaftlichen Abwehrschirm auf den Weg gebracht. Jetzt ist die schwarz-grüne Landesregierung von NRW gefordert, darüber hinaus auch tätig zu werden und ein eigenes Unterstützungspaket bereitzustellen. Aber: NRW hinkt weiter hinterher.

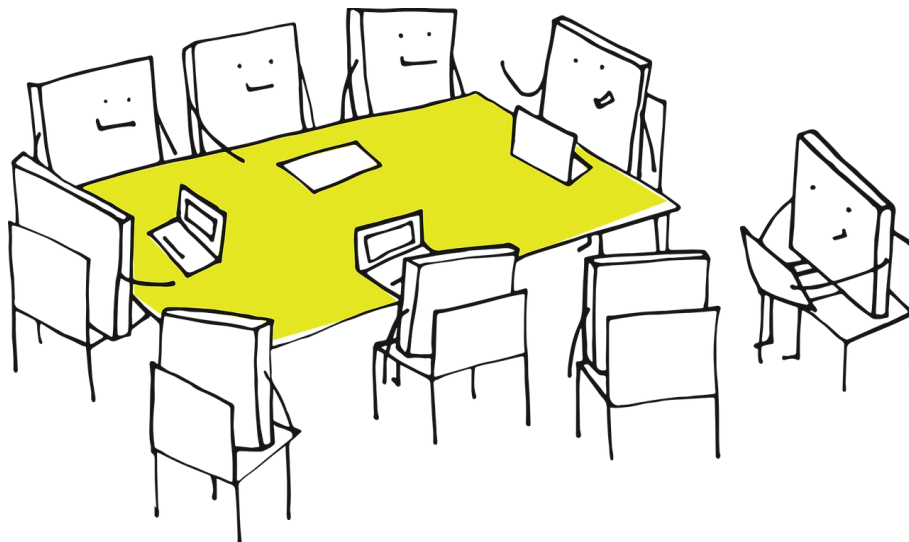
Dieses und weitere Themen aus dem Landtag findet ihr in unserem neuen Newsletter.

Viele Grüße  
**Eure Abgeordneten**  
Tülay Durdu  
Carolin Kirsch  
Jochen Ott  
Lena Teschlade

---

## **Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschef:innen der Länder (MPK- Konferenz)**

---



Am 02. November 2022 wurden in der MPK-Konferenz Maßnahmen zur Bewältigung der außergewöhnlichen Lage aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges des russischen Präsidenten auf die Ukraine beschlossen. Der Bund handelt und hat drei umfangreiche Entlastungspakete und einen wirtschaftlichen Abwehrschirm auf den Weg gebracht. Jetzt müssen die Länder und somit die schwarz-grüne NRW-Landesregierung endlich nachziehen und eigene Maßnahmen zur Unterstützung auf den Weg bringen.

Es steht fest: Der wirtschaftliche Abwehrschirm des Bundes umfasst ein Volumen von 200 Mrd. €. Diesem hat in der letzten Wochen der Bundesrat bereits zugestimmt. Hier zwei wichtige Resultate der Verhandlungen: Wie angekündigt wird u. a. eine Gas- und Strompreisbremse eingeführt werden, von der alle profitieren sollen, die Gas und Strom verbrauchen. Weiter begrüßen wir als SPD-Landtagsfraktion sehr, dass sich die Verkehrsminister:innen von Bund und Länder auf ein digitales, deutschlandweit gültiges "Deutschlandticket" für den ÖPNV geeinigt haben. Dieses soll schnellstmöglich eingeführt

werden. Hier wird sich zeigen, wie wichtig der Klimawandel und die Entlastung der Bürger:innen für die schwarz-grüne Landesregierung sind.

Was die schwarz-grüne Landesregierung von NRW jetzt damit anfangen wird, bleibt allerdings weiterhin unklar. Der vorgelegte Etatentwurf bietet jedenfalls keine realistische Entscheidungsgrundlage, um den enormen Herausforderungen wirksam entgegenzutreten. Nach vier Monaten in Regierungsverantwortung haben die Menschen von NRW mehr verdient. Sie brauchen endlich Klarheit darüber, wie die sozialen Folgen der vielen Krisen abgemildert werden können. Verantwortungsbewusstes Regieren sieht jedenfalls anders aus.

Bildquelle: Pixabay

---

## Schwarz-grüne Haushaltspolitik hat keine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit!

---



Am ersten Tag des Plenums hat die Landesregierung ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 vorgelegt - mit einem Volumen von rd 94 Mrd. €. Laut Landesregierung handelt es sich um einen "Basishaushalt", da man aufgrund der noch zu erwartenden Steuerschätzung und angesichts der Verhandlungen zum 3. Entlastungspaket noch mit erheblichem Anpassungsbedarf rechnet.

Was man im Gesetzesentwurf mit der [Drucksache 18/1200](#) in der Tat vergeblich sucht, sind eigene Entlastungsmaßnahmen für die Bürger:innen. Dieser Haushalt wäre eine große Chance, die Menschen in NRW zu unterstützen. Dies hat die Landesregierung - wie schon beim Nachtragshaushalt für 2022 - verpasst, obwohl bereits jetzt absehbar ist, dass auch für 2023 mit erheblichen Steuermehreinnahmen aus der Umsatzsteuer zu rechnen ist, die sich zwangsläufig durch die hohe Inflation ergeben. Diese zusätzlichen Einnahmen sollte man an die Menschen in Form von Entlastungen zurückgeben.

Die Landesregierung hat im Übrigen angekündigt, dass sie mit diesem Haushalt bereits wichtige Weichen für die Umsetzung der eigenen Koalitionsziele stellen will. Da verwundert es, dass die Investitionsquote absolut und relativ sinkt. Ohne erhebliche Investitionen wird in NRW der Transformationsprozess nicht gelingen. In den nächsten Wochen werden wir uns im Detail mit dem Haushaltsentwurf auseinandersetzen und deutlich machen, wo aus unserer Sicht andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

---

# **Bildung in NRW für die Zukunft aufstellen: Wir brauchen eine Bildungskonferenz!**

---

Im Bildungssystem NRW fehlt es an allen Ecken und Kanten: zu wenige Lehrkräfte, zu wenige OGS-Plätze, zu wenig Geld, zu wenig Unterstützung für Schüler:innen mit Fluchtgeschichte. Wir befinden uns mitten in einer Bildungskatastrophe. Das verdeutlichen auch die aktuellen Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 für NRW nur allzu überdeutlich: so erreichen die Viertklässler:innen in den Kompetenzbereichen Lesen, Zuhören, Schreiben und Rechnen nicht die Mindestanforderungen der Kultusminister:innenkonferenz. Sie schneiden nicht nur im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, sondern auch verglichen mit den Ergebnissen vor fünf Jahren deutlicher schlechter ab. Damit setzt sich der deutliche Abwärtstrend in allen Kompetenzbereichen seit 2011 weiter fort. Gleichzeitig haben die pandemiebedingten Einschränkungen des Schulbetriebs ab 2020 die Ungleichheiten im Bildungssystem noch einmal verstärkt.

Wenn wir die Bildung in NRW fit für die Zukunft aufstellen wollen, d. h. wenn alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen haben sollen, dann müssen sich nun die demokratischen Parteien in unserem Bundesland zusammentun. Wir brauchen dringend eine Bildungskonferenz!

Bei dieser sollen neben dem Parlament, die Landesschüler:innenvertretung, die Elternvertretungen, die Lehrer:innenverbände, die kommunalen Spitzenverbände und Expert:innen aus der Wissenschaft dazu eingeladen werden, in einem langfristig angelegten Prozess und im gemeinsamen Dialog ein Konzept zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit unseres Bildungswesens in NRW zu erarbeiten. Nur gemeinsam kann es uns gelingen, die große Herausforderung zu meistern, bevor es zu spät ist. Leider lehnen CDU, Grüne und FDP diesen Vorschlag ab.

Wir machen uns trotzdem weiter stark für einen gemeinsamen Weg - im Sinne von Kindern, Jugendlichen und Lehrkräften.

[Kompakt-Info Bildungskatastrophe](#)

[Antrag der SPD Landtagsfraktion](#)

[Rede von Jochen Ott](#)

---

## **Revierwende jetzt:**

---

Am 04.10.2022 haben sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und die Wirtschaftsministerin in NRW, Mona Gebauer, mit RWE auf einen Kohleausstieg bis 2030 geeinigt. Weder das Parlament noch die betroffenen Kommunen und Menschen im Rheinischen Revier wurden rechtzeitig über diese Entscheidung informiert und mussten die Neuigkeiten der Presse entnehmen.



Die Beauftragte der SPD-Landtagsfraktion für den Strukturwandel im Rheinischen Revier, Lena Teschlade, betonte in ihrer Rede im Landtag, dass die SPD-Fraktion den Vorzug des Kohleausstiegs begrüßt. Da die schwarz-grüne Koalition jedoch zahlreiche Fragen offen lässt und bisher keinerlei stichhaltige Aussagen darüber getroffen hat, was der vorgezogene Kohleausstieg für die Menschen und die Arbeitsplätze im Revier bedeutet, hat die SPD-Fraktion den Antrag "Revierwende jetzt: doppelte Geschwindigkeit für gute Arbeit und Energiesicherheit" in den Landtag NRW eingebracht. In ihrer Rede forderte Lena Teschlade die bessere Einbindung der kommunalen Vertreter:innen vor Ort durch einen neuen Reviervertrag, Planungssicherheit für die Beschäftigten und Unternehmen im Revier, die Schaffung von neuen und sicheren Arbeitsplätzen - nicht nur im Tourismus und Dienstleistungssektor sowie die Auflegung von Programmen zu Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen.

[Antrag der SPD-Landtagsfraktion](#)

[Videostatement von Lena Teschlade](#)

Bildquelle: [Wolfgang Krzemien](#) (Pixabay)

---

## **Nach mehr als einem Jahr: Fluthilfe bleibt chaotisch. Landesregierung untätig.**

---

Im Juli 2021 ereignete sich in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die schlimmste Naturkatastrophe in unserer Geschichte: Wassermassen ungekannten Ausmaßes zerstörten Straßen Häuser und ganze Ortskerne. Über Nacht verloren Viele ihr gesamtes Hab und Gut und standen buchstäblich vor dem Aus. Über 180 Menschen ließen ihr Leben.

Doch die versprochenen Hilfen für den Wiederaufbau sind vielerorts immer noch nicht angekommen: Viele Gebäude, Wohnungen und öffentliche Plätze sind bis heute nicht wiederhergestellt. Auch heute ist noch nicht jede Wohnung wieder bewohnt, jeder Sportplatz wieder bespielt, jede Produktionsstätte wieder in Betrieb. Auch heute noch ist manche Schule, manche Kita und manches Vereinsheim verwaist. Und noch immer verzweifeln Menschen wie

du und ich an komplizierten Antragsverfahren und nicht ausgezahlten Hilfen. Hilfen, die angesichts des unglaublichen Leids unbürokratisch und schnell erfolgen sollten.

Doch aller Versprechen und Gelöbnisse der Landesregierung zum Trotz: verbessert hat sich die Situation nicht. Kein Wunder, denn die Landesregierung streitet die Probleme bei der Auszahlung der Hilfen weiter ab. Ja, sie führt nicht einmal Buch über die vielen Beschwerden der Antragsteller, wie aus der Antwort einer kleinen Anfrage von uns gestellt vom Ausschuss Heimat und Kommunales hervorgeht. Das ist Arbeitsverweigerung und ein Schlag ins Gesicht für alle, die ihre Lieben und ihre Existenzen an die Wassermassen verloren. Damit muss jetzt endlich Schluss sein. Die Betroffenen brauchen die Hilfe jetzt. Alles andere ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die ihre Lieben und ihre Existenzen an die Wassermassen verloren haben.

Doch das lassen wir der Landesregierung nicht durchgehen. Wir bleiben dran.

[Antwort der Landesregierung auf die Anfrage zum Antragschaos bei der Fluthilfe](#)

---

## Aktuelle Stunde: Bürgergeld

---



Weil CDU und CSU im Bundestag mit der Blockade des Bürgergeldes drohen, hatte die SPD-Landtagsfraktion das Thema als aktuelle Stunde auf die Tagesordnung der Plenarsitzung am 3. November gesetzt.

Gemeinsam mit Thomas Kutschaty und Lisa-Kristin Kapteinat kritisierte Lena Teschlade im Landtag die Äußerungen von Ministerpräsident Wüst:

"Diese Denke vom faulen Hartz-IV-Empfänger und die damit verbundene Stigmatisierung macht Menschen krank und verhindert Vermittlungserfolge." Auf Unterstützung können sich von Armut betroffene Menschen bei der schwarz-grünen Koalition nicht verlassen. Weder im Bundesrat, wo Hendrik Wüst mit Blockade des Bürgergelds droht, noch in NRW, wo Sozialminister Laumann die Verantwortung für die Menschen auf die Zivilgesellschaft auslagert. Statt eine moderne Sozialpolitik zu betreiben, kündigte Minister Laumann an, Finanzhilfen für die Tafeln dauerhaft zu verstetigen. Für armutsbetroffene Menschen im Land heißt das: Von schwarz-grün können sie keine Hilfe erwarten.

---

# Geflüchtete Menschen in den Kommunen - Sichere Zuflucht braucht Organisation

Seit nun mehr als 8 Monaten tobt in der Ukraine ein Angriffskrieg, der Millionen Menschen zwingt, ihr Land zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. Deutschland hat bisher über eine Million Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen, circa 200.000 davon haben in Nordrhein-Westfalen Zuflucht gefunden. Für uns als SPD-Landtagsfraktion steht fest: Allen Menschen, auch jenen, die aus anderen Krisenregionen eine sichere Zuflucht in NRW suchen, werden wir diese gewähren. Das ist unsere humanitäre Pflicht.

Bisher übernehmen die Organisation der Unterbringung und Versorgung nahezu ausschließlich die Städte, Gemeinden und Kreise. Der Druck wird dennoch immer größer und die Kommunen rufen seit Wochen nach Unterstützung und Hilfe.

Die schwarz-grüne Landesregierung muss hier endlich handeln und ihre abwartende Haltung aufgeben. Mit unserem Antrag, den wir am Freitag im Plenum eingebracht haben, machen wir konkrete Vorschläge dazu. Schwarz-Grün muss Verantwortung übernehmen und in einen strukturierten Prozess kommen. Unser CDU-Ministerpräsident muss diesen Weckruf aus den Regionen endlich ernst nehmen.

[Antrag der SPD-Landtagsfraktion](#)

## TERMINE

---



**Der Talk findet in der Kneipe "Eigenheim" in der Nordstraße 2 in Nippes statt.**

**Montag, 07.11.22**



Martin Bornträger, Präsident der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW wird zu Gast sein und mit uns über die "Polizeiausbildung im Spannungsfeld von Theorie und Praxis" diskutieren.

---

## **Vorankündigungen zu "Köln wir müssen reden"**

### **Montag, 14.11.22**

Gabriele Hammelrath (Mitglied im WDR-Rundfunkrat)

### **Montag, 21.11.22**

Inge Bell (Stellv. Vorsitzende Terre des Femmes)

### **Montag, 28.11.22**

Martin Schulz (Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung)

### **Montag, 05.12.22**

Weihnachtsfeier mit Mia Helmig (Kulturpolitische Sprecherin der Kölner Ratsfraktion) und mit einem Live-Auftritt der jungen Nachwuchsband "Red Flag"

### **Montag, 12.12.22**

Ascan Egerer (Beigeordneter für Mobilität der Stadt Köln)

**Für die Region Mittelrhein im  
Düsseldorfer Landtag:**

---

## **Tülay Durdu**

Zuständig für den Rheinisch-Bergischen-Kreis (RBK I); Mitglied des Landtags seit 2022.

Sprecherin im Sportausschuss

Mitglied im:

- Ausschuss für Heimat und Kommunales
- Sportausschuss
- Parlamentarischen Untersuchungsausschuss II - PUA Hochwasserkatastrophe

Stellvertretendes Mitglied im:

- Innenausschuss
- Petitionsausschuss

[Homepage](#) · [Facebook](#) · [Instagram](#)

Bild: Lars David Neill



---

## **Carolyn Kirsch**

Zuständig für den Stadtbezirk Köln-Mülheim (Köln VII); Mitglied des Landtags seit 2022.

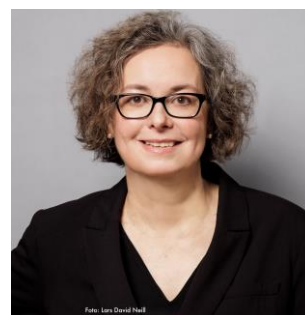
Vorsitzende im Haushalts- und Finanzausschuss (HFA).

Mitglied im:

- Haushalts- und Finanzausschuss (HFA)
- Wissenschaftsausschuss
- Unterausschuss Personal

Stellvertretendes Mitglied im:

- Verkehrsausschuss
- Rechtsausschuss



- Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen

[Homepage](#) · [Twitter](#) · [Facebook](#) · [Instagram](#)

Bild: Lars David Neill

---

## **Jochen Ott**

Zuständig für den Stadtbezirk Ehrenfeld, sowie vom Stadtbezirk Nippes die Stadtteile Nippes und Bilderstöckchen und einem kleinen Teil aus Braunsfeld (Stadtbezirk Lindenthal); Mitglied des Landtags seit 2012.



Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für den Bereich Chancengleichheit (Schule, Bildung, Familie, Kinder, Jugend, Wissenschaft und PUA | Kindesmissbrauch).

Mitglied im:

- Ausschuss für Schule und Bildung
- Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung

Stellvertretendes Mitglied im:

- Unterausschuss Kinderschutz
- Wahlprüfungsausschuss

[Homepage](#) · [YouTube](#) · [Twitter](#) · [Facebook](#) · [Instagram](#)

Bild: Susie Knoll

---

## **Lena Teschlade**

Zuständig für den Stadtbezirk Chorweiler, vom Stadtbezirk Nippes die Stadtteile Mauenheim, Riehl, Niehl, Weidenpesch und Longerich; Mitglied des Landtags seit 2022.

Sprecherin für Arbeit und Soziales im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.



Beauftragte der SPD-Landtagsfraktion NRW für den Strukturwandel im Rheinischen Revier

Mitglied im

- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
- Unterausschuss Bergbausicherheit

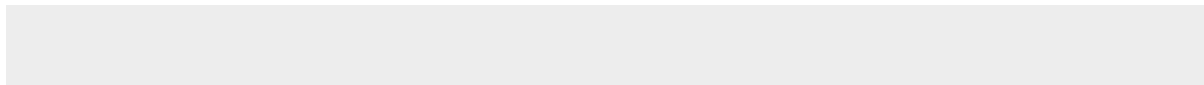
Stellvertretendes Mitglied im:

- Ausschuss für Heimat und Kommunales
- Innenausschuss

[Homepage](#) ▪ [YouTube](#) ▪ [Twitter](#) ▪ [Facebook](#) ▪ [Instagram](#)

Bild: Susie Knoll\_

.....



[Du möchtest überhaupt keine Mails mehr von der SPD erhalten? Hier alle Mails abbestellen.](#)  
[Falls Du keine weiteren Mails von der Gliederung SPD-Region Mittelrhein erhalten möchtest, klicke bitte hier.](#)